Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 1

Artikel: Amerika hält Distanz
Autor: Wolfer, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157688

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In diesem Sinn sollte unsere Demokratie erneuert werden; nicht im Buchstaben der Verfassung, sondern im Geist.

Amerika hält Distanz.

Von **Ernst Wolfer.**

Man kann die Haltung der Vereinigten Staaten zum Friedensvertrag von Versailles und zu dem damit verknüpften Völkerbundspakt nur voll verstehen, wenn man sich deutlich vor Augen hält, warum die Amerikaner schließlich noch in den Krieg getreten sind, nachdem Wilson eine Präsidentschaftskampagne mit dem Slogan „He kept us out of the war" gewonnen hatte. Das amerikanische Volk und sein Präsident ließen sich, wie kein anderes Land, von humanitären Erwägungen leiten. Der Wille, sich für alles einzusetzen, was humanitär ist, sitzt tief im Amerikaner. Das wußten die Ententemächte, und ihre gut organisierte Kriegspropaganda in den Vereinigten Staaten war ganz darauf eingestellt und war wohl deshalb schließlich viel erfolgreicher als die deutsche. Von dem Augenblick an, da zu der damals natürlich besonders wach gehaltenen, im übrigen aber immer vorhandenen Bereitschaft des Amerikaners, sich für die gute Sache einzusetzen, die Überzeugung hinzukam, daß diese Sache im Kampf gegen Deutschland auf dem Spiele stand, war der Eintritt Amerikas in den Krieg entschieden. Die Motive der Amerikaner sind einfach und finden sich deutlich in Wilsons Kriegsreden. Diese sind nicht etwa bloße Maskierungen, wie diejenigen von Lloyd George; sie kamen wirklich aus ehrlichem Herzen und begeisterten ein gutgläubiges Volk. „Weil dies für uns ein Krieg mit hohen, selbstlosen Zielen ist, in dem alle freien Völker der Welt für die Verteidigung des Rechtes verbunden sind, . . fühlen wir uns doppelt verpflichtet, für einen Frieden nur das vorzuschlagen, was sowohl für unsere Feinde, als für unsere Freunde, recht und von uneigennütziger Absicht getragen ist. Weil unsere Sache gut und heilig ist, muß es auch der Friede sein". (4. Dez. 1917.) „Jeder dauernde und gerechte Friede muß ein Friede ohne Sieg sein. Sieg bedeutete, daß die Bedingungen dem Besiegten aufgezwungen würden. Der Friede würde als Demütigung, Härte und untragbares Opfer empfunden, und würde einen Stachel, ein Rachegefühl und bittere Erinnerungen zurücklassen, auf denen ein Friede nicht für die Dauer, sondern nur wie auf Flugsand gebaut beruhen könnte. Der richtige Geisteszustand, das richtige Fühlen zwischen Völkern ist so notwendig für einen dauernden Frieden, wie die gerechte Erledigung ärgerlicher Gebietsfragen oder der rassischen und nationalen Zugehörigkeit". (22. Jan. 1917.) Und am 8. April 1918 verkündete er:

„Niemand hat ein Recht, durch den Krieg etwas zu gewinnen, weil wir für Frieden kämpfen, und zwar für einen dauernden Frieden. Ungerechtigkeit kann nie die Grundlage für einen dauernden Frieden sein. Wenn wir irgendwo ein nagendes Gefühl der Ungerechtigkeit lassen, so schafft es sogleich eine Wunde, die zu Konflikten und wahrscheinlichem Krieg führen muß. Wir können nicht erwarten, sie anders zu heilen, als durch Beseitigung der Ungerechtigkeit. Darum würde ich meinerseits keinen Frieden sehen wollen, der darauf beruht, irgend ein Volk, ob groß oder klein, zu zwingen, in Verhältnissen zu leben, die es nicht willig annahm".

Es war klar, was für einen Frieden Amerika erwartete, besonders, als sein Präsident persönlich übers Meer fuhr. Wenn man sich nochmals voll den in Wilsons Reden ausgedrückten geistigen Zustand des amerikanischen Volkes vergegenwärtigt, kann man ermessen, welche Empfindungen die Friedensverhandlungen selbst und der Friede von Versailles, den Wilson heimbrachte, auslösten. Der Kriegsidealismus brach zusammen, als die Alliierten die sie bindenden Geheimabkommen auspackten und Wilson eine in krassesten Eigeninteressen bereits verteilte Welt präsentierten. Seine Bemühungen, daran noch zu ändern, scheiterten an einem soliden Block. „Die Pariser Friedenskonferenz ist in ihrem wesentlichen Teil die Geschichte der allmählichen Aufgabe von Wilsons Idealismus zugunsten der realistischen Politik der Architekten der Geheimabkommen, bis er schließlich, übernommen von einem Gefühl der Erniedrigung, der Unzulänglichkeit, der Ungeduld und Enttäuschung sich bereitfand, einen harten Frieden zu schließen, sich am Einschluß einiger der schlimmsten Bestimmungen des Vertrages mitschuldig machte, darauf bestand, die Dinge zu einem hastigen Ende zu bringen und endlich heimfuhr, um für den Völkerbund zu werben". (H. E. Barnes, World Politics in Modern Civilization, 1930.) „Dieser war fast die einzige Spur, die Wilson vom „Heiligen Krieg-Idealismus" aus den Trümmern seiner Kriegsziele retten konnte, und sogar dieser war in starkem Maße in seinen guten Möglichkeiten vernichtet durch die Verbindung mit einem Frieden, der ohne Frage einer der rachesüchtigsten, unklügsten und knechtendsten Friedensverträge in der ganzen Geschichte zivilisierter Kriegsführung ist".

Wilson ging mit aller Kraft daran, den Völkerbund in den Vereinigten Staaten durchzusetzen, da er hoffte, er wäre imstande, die Übel der Nachkriegsverträge später auszulöschen. Indessen hatte eine derartige Ernüchterung im Lande Platz gegriffen, daß man mit kalter Überlegung und Vorsicht an die vorgelegten Völkerbundssatzungen heranging.

Das Hauptringen um die Unterzeichnung des Völkerbundspaktes spielte sich im Senat ab. Das Comittee of Foreign Relations machte unter der Führung von Senator Lodge dem vorliegenden Völkerbundspakt starke Opposition und schlug dazu eine Reihe von Vorbehalten und Abänderun-

gen vor, die praktisch einer Ablehnung gleichkamen. (Henry Cabot Lodge, The Senate and the League of Nations, 1925.) Wenn auch Lodges Standpunkt von persönlicher Gegnerschaft zu Wilson wahrscheinlich nicht ganz frei war, so zeigt doch die lange und gründliche Debatte im Senat, daß die übrige Opposition grundsätzlichen sachlichen Erwägungen entsprang. Ohne Zweifel war damals das amerikanische Volk in seiner großen Mehrheit für einen Völkerbund. Kein geringerer, als der frühere Präsident Theodore Roosevelt, hatte sich dafür eingesetzt, wie auch Senator Lodge, der Gegner des jetzigen Völkerbundes. Man betrachtete aber den im Versailler Vertrag enthaltenen Völkerbund weitherum als reine Siegerallianz. „Was schließlich bei der Bewegung herauskam, war im Wesentlichen eine anglo-französische Organisation, nämlich eine Liga der Sieger statt ein Bund der Völker". (Barnes.) 32 Senatoren gaben im Senat am 4. März 1919 eine Erklärung ab, die u. a. folgendes sagte: „Es ist die Überzeugung des Senates, daß, während es sein aufrichtiger Wunsch ist, daß die Völker der Welt sich zur Förderung des Friedens und zu allgemeiner Abrüstung vereinen sollten, der Völkerbundspakt in der der Friedenskonferenz vorgeschlagenen Form von den Vereinigten Staaten nicht angenommen werden sollte. Dieser Völkerbundspakt schafft eine Allianz und nicht einen Bund, wie die Bestimmungen des Vertrages mit Deutschland deutlich zeigen, die alle wesentliche Machtbefugnis in fünf großen Mächten vereinigt. Das Komitee glaubt, daß der Völkerbund, so wie er dasteht, Krieg statt Frieden schaffen wird". Man hatte begreiflicherweise zu den Mächten kein Zutrauen, die soeben einen ehrlichen und dauerhaften Frieden durch ihre intrigenhaften Geheimverträge verhindert hatten, und die mit diesem Friedensvertrag einen Völkerbund verbanden, den sie beherrschten. „Es ist vollständig unsinnig, zu erwarten, daß der bloße Zusammenschluß einer Anzahl von selbstsüchtigen, korrupten und kriegerischen Staaten an sich eine Weltorganisation schaffen kann, die vollständig frei ist von selbstsüchtigen Zielen und einen Geist christlicher Sanftheit ausströmt. Der Zusammenschluß eines Kassendiebes, eines Fälschers, eines Taschendiebes, eines Räubers, eines Brandstifters, eines Einbrechers und eines Erpressers schüfe kaum eine Organisation für die Verhütung von Verbrechen, auch wenn sie sich eintrügen und die Satzungen der Nationalen Vereinigung für die Verbrechensverhütung annähmen". (Barnes.)

Man erkannte klar auch die Gefahren, die in der statischen Natur des Völkerbundes liegen. Er war in erster Linie dazu berufen, die Versailler Neuordnung vor Abänderungen zu bewahren und den Siegern ihre Beute zu sichern. Eine internationale Organisation, die den Frieden durch starres Festhalten am Bestehenden sichern will, ist angesichts der ständig im Flusse befindlichen und neuen Abänderungen rufenden lebendigen Wirklichkeit zum Scheitern verurteilt. „Jede Ordnung, die nicht Vorsorge treffen würde für Grenzverschiebungen, wäre viel zu starr und würde nicht zu einer dynamischen Welt-

ordnung passen". (Barnes.) Das gilt noch viel mehr für den auf einem ungerechten Frieden gegründeten Völkerbund. Es war nur folgerichtig, wenn Senator La Follette im Senat erklärte: „Ich kümmere mich nicht darum, welche Vorbehalte oder Abänderungen wir zum Pakte machen. Im Grunde ist er ein Instrument zur Beibehaltung des status quo. Wie die Heilige Allianz von 1815 ist er eingehüllt in die Sprache des Idealismus und des Friedens. Aber wie die Heilige Allianz wird er benützt werden zur Unterdrückung von Völkern und für die Führung von Unterdrückungskriegen. Dieser Pakt schließt die Türe vor dem Gesicht jedes nach Freiheit strebenden Volkes". Es ist für heutige amerikanische Völkerbundsenthusiasten unbegreiflich, daß alle sog. progressiven Führer des Landes, wie Hiram Johnson, La Follette, Borah u. a. noch heute kräftig gegen einen Beitritt Amerikas sind. An sich ist es nur folgerichtig, wenn diese Progressiven, die innenpolitisch die dynamische Gruppe des amerikanischen Volkes gegen das starre Parteiensystem vertreten, auch außenpolitisch gegen eine Verewigung eines unhaltbaren status quo ankämpfen.

Die Hauptopposition im Senat richtete sich gegen die Gebietsgarantie im Art. 10 des Paktes, der dem Rate zugleich das Recht gibt, Maßnahmen gegen Gebietsverletzungen anzuordnen. Schon Roosevelt hatte in einem Artikel für einen Völkerbund, den er kurz vor seinem Tod am 3. Januar 1919 im Kansas City Star veröffentlichte, geschrieben: „Das amerikanische Volk wünscht nicht, in einen überseeischen Krieg einzutreten, ohne für eine wirklich große Sache und wenn die Streitfrage völlig klar ist. Darum wünschen wir nicht, die Verantwortung auf uns zu nehmen, unsere tapferen jungen Männer auszuschicken, um in düsteren Kämpfen im Balkan oder in Mitteleuropa oder in einem Krieg, den wir nicht billigen, zu sterben". Der Senat nahm folgenden weitgehenden Vorbehalt an: „Die Vereinigten Staaten lehnen jede Verpflichtung ab, die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgend eines anderen Landes zu schützen, oder sich in Kontroversen zwischen Völkern einzumischen, oder die militärischen und Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten in solchen Streitigkeiten in Anwendung zu bringen, oder wirtschaftliche Maßnahmen für den Schutz irgend eines anderen Landes gegen äußere Angriffe oder, um ein anderes Land zu zwingen, zu ergreifen". Im Grunde richtete sich auch dieser Angriff gegen den zentralen Fehler des Paktes, gegen seine statische Natur. Der Art. 10 ist ja, nach Wilsons Äußerungen, „der wahre Rückgrat des Paktes", und der Pakt „durch viele Fäden mit dem Versailler Friedensvertrag untrennbar verbunden". Die Amerikaner, die für einen wahren Völkerbund waren, hatten kein Interesse an der Verteidigung eines faulen und unhaltbaren status quo: sie hatten keine Kriegsbeute gewollt und keine gemacht und sie hatten keine mit internationaler Hilfe zu schützen.

Es war Senator Borah, der seine grundsätzliche Opposition in der Tradition amerikanischer Außenpolitik verwurzelte. Washington hatte in seiner Abschiedsrede dem Lande ein wichtiges Vermächtnis gegeben. „Eu-

ropa hat eine Reihe von obersten Interessen, die zu uns keine oder nur sehr entfernte Beziehung haben. Diese verwickeln es in häufige Streitigkeiten, deren Ursachen uns völlig fremd sind. Darum ist es für uns unklug, uns durch künstliche Bindungen in den üblichen Wechsel seiner Politik oder in die üblichen Kombinationen und Zusammenstöße seiner Freundschaften und Feindschaften zu verwickeln". Borah sagte: „Indem ich mich dem Pakt widersetze, tue ich nichts anderes, als daß ich es ablehne, die geheiligten Überlieferungen zu verleugnen und aus meinem Leben zu reißen, die sich während 50 Jahren in mein ganzes geistiges und sittliches Sein eingegraben haben. Ich will und kann nicht meinen Glauben aufgeben, daß es Amerika, nicht nur für das Wohl seines eigenen Volkes, aber für die sittliche Führung und größere Befriedung der Welt, erlaubt sein muß, sein eigenes Leben zu leben. Nach dem Bande, das einen Mann mit seinem Gott verbindet, kommt das Band, das einen Mann mit seinem Lande verbindet, und alle Pläne, wie ehrgeizig und bezaubernd sie auch zu sein scheinen, die seinen unabhängigen Willen hindern, fesseln oder ketten und seine Handlungsfreiheit einschränken würden, lehne ich ohne Zögern ab... Wir sind ein Teil der europäischen Unruhen und Konflikte von dem Augenblick an, da wir diesem Völkerbund beitreten". Und sein Gerechtigkeitsgefühl wendet sich mit Zorn gegen die Verknüpfung mit dem Versailler Vertrag: „Euer Vertrag bedeutet nicht Frieden — entfernt, weit entfernt davon. Euer Vertrag bedeutet Ungerechtigkeit. Er bedeutet Sklaverei. Er bedeutet Krieg.... Mit einer Rücksichtslosigkeit ohne Gleichen verstößt er in einem Dutzend Punkten gegen das göttliche Prinzip des Volkstums. Völker, die die gleiche Sprache sprechen, die vor den gleichen Gräbern ihrer Vorväter knien, und die von der gleichen Vergangenheit erfüllt und von einer gemeinsamen Hoffnung beseelt sind, werden auseinandergerissen, in Stücke zerschlagen, aufgeteilt und verstückelt unter feindliche Staaten".

Der oberste Grundsatz amerikanischer Außenpolitik ist klar und einfach. Die Vereinigten Staaten halten ihre internationalen Verpflichtungen voll ein. Aber darum wollen und können sie nicht Verpflichtungen eingehen, die in ihrer Tragweite unübersehbar sind. Es ist aufschlußreich, die Verhandlungen zwischen dem Comittee of Foreign Relations und Präsident Wilson in der Konferenz im Weißen Haus vom 19. August 1919 zu studieren, wie die Senatoren Hiram Johnson und Borah nicht abließen, vom Präsidenten klare Antwort zu haben, wie weit die Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt gehen, und wie Wilson sich hin und her wand und bald erklärte, es seien nur moralische, bald gesetzliche, bald gesetzliche Verpflichtungen mit einem zwingenden moralischen Druck. Waren oder sind wir hier so ehrlich und gewissenhaft?

Es war für das Schweizervolk ein starker Schlag, aber im Grunde nicht verwunderlich, daß die Vereinigten Staaten dann ein klares „Nein" sprachen, mit Deutschland einen Separatfrieden schlossen und dem Völkerbund nicht beitraten.

Wie steht das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und dem Völkerbund heute? Auf einer Seite wirken starke, namentlich auch finanziell leistungsfähige Kräfte stark für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund. Neben den Bankinteressen sind namentlich zu erwähnen die Kirchen, die stärksten Frauenorganisationen und im allgemeinen die Schul- und Universitätskreise. Viele Kräfte gehören dazu, die bereit sind, jedem Pferd aufzusitzen, das mit ewigem Frieden und Weltverbrüderung aufgezäumt ist, um damit ins irdische Paradies einzuziehen. Anderseits entsprechen Friedens- und Versöhnungseinrichtungen dem tiefen humanitären Empfinden der Amerikaner. Viele glauben an eine Mission der Vereinigten Staaten in internationaler Zusammenarbeit. Sie sollen und können ein arbiter mundi sein, und dürfen sich daher nicht der einzigen Einrichtung fernhalten, die internationale Zusammenarbeit ermöglicht, umsomehr, als der Völkerbund sich nach ihrer Meinung durch den Beitritt Deutschlands und durch die Loslösung von den Versailler Interessen wesentlich geändert hat. Anderseits sind die Kreise, die gegen einen Beitritt sind, durch die Erfahrungen von Versailles, durch die Enthüllungen über die Verantwortlichkeit am Kriege, durch die Ohnmacht und Untätigkeit des Völkerbundes in Minderheitenfragen und in wirklich bedeutenden internationalen Konflikten, durch seine Unfähigkeit, die großen Übel der Friedensverträge durch eine aufbauende Revisionspolitik zu beseitigen und durch das ränkevolle Spiel Frankreichs in der Abrüstungsfrage und in Osteuropa heute in ihrer Haltung nur bestärkt. Teilweise weisen sie an dem Beispiel von Süd-, Südost- und Osteuropa darauf hin, wie recht Washington mit seiner Warnung hatte. Teilweise sind sie für eine aktive Führer-, Vermittler- und Schiedsrichterrolle der Vereinigten Staaten, halten aber dafür, daß diese viel wirksamer unabhängig und außerhalb des Völkerbundes ausgeübt werden könne. Eines ist sicher: die Amerikaner haben sich wohl dank ihrem Fernbleiben vom Völkerbund zu den internationalen Vorgängen und zur Versailler Ordnung in ausgebauter Form einen unabhängigen Blick und ein selbständiges Urteil gewahrt. Freunde und Feinde des Beitrittes sind für eine selbständige, und, soweit sie sich zur Einmischung in europäische Verhältnisse herbeilassen, eine auf Revision gerichtete Politik. Die Gefahr eines Beitrittes der Vereinigten Staaten bestünde nur darin, daß sie sich durch gute Propaganda und durch geschickte Maskierungen ebenso leicht für selbstsüchtige Interessen einspannen lassen könnten, wie im Kriege. Anderseits könnte heute der Beitritt zu einer wirksamen Revisionswaffe gemacht werden, während die Urmitglieder heute viel ohnmächtiger sind.

Als Zeugen für die gegenwärtige Auffassung vom Völkerbund in Amerika seien zwei liberale, international eingestellte, angesehene Wissenschaftler angeführt. William MacDonald schreibt in „The Nation" 1929: „Der Völkerbund kann heute namentlich in zwei Eigenschaften betrachtet werden: als Untersuchungsstelle und als politischer Bau mit einigen Eigenschaften

eines Überstaates. In keiner dieser Eigenschaften hat der Völkerbund, wie mir scheint, seine Existenz gerechtfertigt. Die Dienste, die er als Prüfungsstelle für Klagen geleistet hat, sind nicht nützlicher gewesen, als die, welche eine andere Organisation oder einige seiner Mitgliedstaaten hätten leisten können, wenn sie gemeinsam hätten handeln wollen, und die Aufstellung eines Berichtes bedeutete in keiner Weise die prompte Annahme der gefundenen Tatsachen. Als eine politische Agentur für die Sicherung des Friedens ist seine Geschichte nicht vielversprechend. Er ist an der Wiedergutmachung irgendwelcher der Ungerechtigkeiten des Friedensschlusses behindert durch die offensichtliche Notwendigkeit, den politischen status quo aufrechtzuerhalten. Er hat immer noch seine Stärke gegenüber einer starken Macht zu beweisen; die kleineren Konflikte, die er beigelegt hat, wären in aller Wahrscheinlichkeit ebenso gut durch irgend eine unabhängig handelnde Macht beigelegt worden. Würde der Völkerbund morgen sterben, so wären die Hauptleidtragenden an seiner Beerdigung die früheren alliierten Mächte, die gelernt haben, ihn als Werkzeug zu gebrauchen, die Bataillone von Funktionären, die seine Zahltagslisten füllen, und die in Schlachtlinie stehenden Propagandisten, die ihrer Beschäftigung, ihn zu verteidigen, verlustig gingen". Und der schon zitierte Barnes schreibt in seinem Buch: „Vor allem, um die Begeisterung und das Vertrauen der Welt zu gewinnen, muß der Völkerbund willens sein, die ganze Fabrikation der Kriegsschuldlügen zurückzuweisen, und er muß sich bereit zeigen, ernsthaft und energisch die Aufgabe an die Hand zu nehmen, die ungerechten Nachkriegsverträge zu revidieren in Übereinstimmung mit den historischen Tatsachen, mit internationaler Wirklichkeit und menschlicher Gerechtigkeit".

Es bleibt noch die offizielle Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber dem Völkerbund zu besprechen. Harding war mit großem Mehr 1919 in einer Kampagne gewählt worden, die stark unter dem Zeichen „a league of nations" gegen „the League of Nations" stand. Er behandelte den Völkerbund anfänglich äußerst unfreundlich. Coolidge erklärte 1923 in seiner ersten Botschaft an den Kongreß: „Unser Land hat es endgültig abgelehnt, den Völkerbundspakt anzunehmen und zu ratifizieren. Wir haben uns nicht für bevollmächtigt erachtet, die Verantwortung auf uns zu nehmen, die seine Mitglieder übernommen haben. Wir hoffen, daß der Bund von Nutzen sein wird; aber die Vereinigten Staaten sehen keinen Grund, ihre Freiheit und Unabhängigkeit des Handelns durch den Beitritt einzuschränken". Amerika ist seit geraumer Zeit in eine stärkere Mitarbeit an Völkerbundsarbeiten eingetreten und entsendet zu den wichtigen Konferenzen und Verhandlungen seine „observers". Es wäre jedoch wohl verfehlt, darin eine eigentliche Annäherung zu sehen. Die Regierung hat immer wieder, so wieder jüngst in der Mandschureifrage, erklärt, sich dadurch in keiner Weise an die Ergebnisse der Verhandlungen binden zu wollen. Die gegenwärtige Regierung beabsichtigt wohl kaum einen Beitritt. Wenn eines Präsident Franklin Roosevelt in seiner geschickten Kampagne

und in den bisherigen gewandten Schuldenverhandlungen gekennzeichnet hat, so ist es das, daß er sich hütet, Bindungen einzugehen, deren Tragweite nicht völlig klar liegt, daß er aber anderseits gewillt ist, sowohl in der Innen-, wie in der Außenpolitik eine frische, undogmatische und unabhängige Realpolitik persönlich zu führen.

Wenn man weiß, für was für einen Frieden die Amerikaner kämpften, so kann man keine Zweifel darüber haben, wie sie sich zu der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Ordnung heute stellen. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Amerikaner ihrem wohlbegründeten, anfänglichen Urteil treuer geblieben sind, als die führenden politischen Kreise, Presse und öffentliche Meinung der Schweiz, die immer bereit sind, alle Zustände anzuerkennen, wenn sie genügend lange gedauert haben. Nur daraus ist die Verwunderung und Unbehilflichkeit in der Schweiz zu erklären, wenn die Dinge nunmehr ihren natürlichen Verlauf nehmen und eine kräftige Revisionsbewegung in verschiedener Gestalt ins Rollen kommt.

Man hat heute in Amerika im ganzen einen klaren Blick für die europäischen Zustände. Weite informierte Kreise sind schon lange revisionistisch, sowohl mit Bezug auf die Kriegsschuldfrage, wie auch auf die Reparationen, den polnischen Korridor und die deutschen Kolonien. Wenig Verständnis dagegen hat in Amerika die deutsche Forderung nach militärischer Gleichberechtigung gefunden, da Amerika an der Abrüstung ein starkes Interesse hat und daher nicht zulassen kann, daß bereits Abgerüstete wieder aufrüsten. Nachdem aber ein praktisches Ergebnis in der Abrüstungsfrage seit dem Verhalten Japans wieder in weite Ferne gerückt ist, fängt man an, einzusehen, daß man wohl kaum mit gutem Gewissen von einem Staat inmitten hoch gerüsteter Staaten allein verlangen kann, sich zu ducken.

Die Vereinigten Staaten haben stets versucht, sich nicht nur geistig, sondern auch praktisch von der Versailler Ordnung frei zu halten. Sie hatten die Finger in Versailles zu stark verbrannt. Dieser Tendenz entsprang z. B. die ständige Ablehnung eines Zusammenhanges zwischen den deutschen Reparationen und der Bezahlung der Kriegsschulden an Amerika. Anderseits ist es fraglich, ob es logisch zu rechtfertigen ist, durch die Teilnahme am Krieg die Mitverantwortung am Ausgang in starkem Maße auf sich zu nehmen und dann die Hände in Unschuld zu waschen und sich in Isolierung zurückzuziehen. „Das Scheitern der Neutralitätspolitik und der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg bedeuten einen radikalen, aber unverhütbaren Wechsel in unserer Haltung gegenüber der Weltpolitik". (Latané, History of American Foreign Policy, 1927.) Das ist die Ansicht weiter Kreise, die glauben, daß heute die Zeit amerikanischer Isolierungspolitik vorbei sei. Praktisch werden die Vereinigten Staaten ja immer wieder in die Versailler Ordnung hineinverwickelt. Am deutlichsten spricht die heute im Vordergrund stehende Frage der Kriegsschulden. Wirtschaftlich ist die volle Bezahlung der heutigen Schulden durchaus möglich, sowohl im Hinblick auf die Aufbringung der Mittel, wie auch mit Rück-

sicht auf das Transferproblem. Ob die Vereinigten Staaten auf voller Bezahlung bestehen sollen, ist eine rein politische Ermessensfrage. Praktisch gesehen wird eine volle Bezahlung aus innenpolitischen Gründen von den Schuldnerländern wohl nie geleistet werden. Die Frage ist also im Grunde die, wie lange Amerika sich einer Streichung widersetzen und was für eine Reduktion eingehandelt werden soll. Es besteht hier für ein interventionistisches Amerika die große Möglichkeit, Revisionsforderungen mit der Schuldenreduktion zu verknüpfen; in dieser Richtung liegt die Forderung, Einschränkung der Rüstungsausgaben gegen Schuldenstreichung zu erzwingen. Die gegenwärtige Regierung scheint aber die Frage auf rein wirtschaftlichem Gebiete lösen zu wollen und sich an einer Neuordnung Europas zu desinteressieren. Die bisherigen Verhandlungen mit dem englischen Gesandten deuteten an, daß es Roosevelt namentlich auf Zollermäßigungen und Rückkehr zum Goldstandard ankommt. Die Sympathien für Frankreich sind stark gesunken, und die gegenwärtige Regierung Deutschlands ist nicht geeignet, einen Revisionsplan in Amerika populär zu machen. So zieht sich Amerika eher stärker aus Europa zurück.

Wie Amerika denkt, zeigt der sehr liberale Barnes 1930: „Es ist des Schreibers Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten durch das Anbieten einer Schuldenstreichung und anderer Hilfsmaßnahmen jede Anstrengung machen sollten, Europa zu einer Haltung der Vernunft, des Verstehens und des Verzeihens zu bringen. Das würde mit größter Sicherheit in sich schließen eine durchgehende Revision der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und die sofortige Aufhebung der deutschen Reparationen. Wenn auf eine solche Einladung und Initiative hin Europa es ablehnen sollte, eine Politik der Vernunft und des Verstehens einzuschlagen, so sollten die Vereinigten Staaten Europa entschlossen den Rücken kehren und es diesem Kontinent überlassen, seine eigenen Schwierigkeiten so gut er kann selber zu lösen. Viele empfehlen die Politik der Isolierung als diejenige, die sofort ohne irgendwelche Beschäftigung mit Europa eingeschlagen werden sollte. Der Haupteinwand gegen diesen Vorschlag liegt in der Tatsache, daß die Natur der modernen Gesellschaft es für einen Kontinent schwierig macht, einen anderen zu ignorieren. Die Vereinigten Staaten traten in den Krieg ein in der Meinung, daß es ein Kampf für Gerechtigkeit und „fair play" sei, und wir haben ein Recht, zu verlangen, daß die Fälschung unserer Ziele in den Verträgen von Versailles, St. Germain und Trianon beseitigt werde, wenn wir eine Haltung des Vertrauens und guten Willens gegenüber unseren früheren europäischen Verbündeten beibehalten sollen".